

# Frankenberger Tageblatt

Bezirks-  Anzeiger

Amtsblatt für die Königl. Amtshauptmannschaft Flöha, das Königl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Frankenberg

Berantwortlicher Redakteur: Ernst Nohberg jun. in Frankenberg i. Sa. — Druck und Verlag von C. G. Nohberg in Frankenberg i. Sa.

Nr. 40

Sonnabend, den 16. Februar 1918

77. Jahrgang

## Kleinhandels Höchstpreise

von Gegenständen des täglichen Bedarfs, deren Überschreitung die gesetzlichen Strafen nach sich zieht.

Gegenstand.	Preis für 1 Pfund in Pf.	
Gemüse-Zucker a) Meliss	40	
	b) Raffinade	42
Würz-Zucker a) Preßwürzel	44	
	b) Schnittwürzel	45
Zompenzucker	44	
Brothwürzer	44	
Randzucker a) weiß	56	
	b) braun	52
	c) schwarz	56
Maisfassée a) lose	52	
	b) in Paketen	56
Kaffee-Essig a) lose	80	
	b) in Paketen	84
Petroleum	36	
Brennspiritus a) mit Markte	55	
	b) ohne Markte	150
Seife (R. A.)	20	
Seifenpulver (R. U.)	60	
Roggenmehl	22	
Weizengemehl	28	
Getreidegräben	36	
Weizengrieß	32	
Hafersuppe, lose	50	
Hafersoden, lose	50	
Rudeln I (Ausgangsware)	82	
Rudeln II (Waschware)	90	
Sauerkraut	25	
Margarine	200	
Marmelade II a) lose	90	
	b) in Paketen	73
Runkhonig	75	

Flöha, den 8. Februar 1918.

Die Königliche Amtshauptmannschaft.

## Schließung eines Bäckereibetriebes.

Der Bäckereibetrieb von

Oskar Liebhäber in Niederwiesa

ist wegen grober Zuwerbshandlungen gegen die für das Bäckereigewerbe geltenden Kriegsvorschriften vom 16. Februar 1918 ab bis auf weiteres vollständig geschlossen worden.

Flöha, den 12. Februar 1918.

Die Königliche Amtshauptmannschaft.

## Politik und Kriegsführung

Von Generalleutnant Fehren, von Freytag-Loringhoven Chef des Stabes der Armee.

Unter obigem Titel hat vor einiger Zeit der Kaiserlich-Osmanische Major a. D. Endres eine Schrift erscheinen lassen, deren klare Ausführungen in vielen Punkten durchaus zu billigen sind, in anderen jedoch nicht unwiderrührbar bleiben dürfen. Von den bekannten Sähen ausgehend, in denen Clausewitz die gegenseitige Bedingtheit von Politik und Kriegsführung darlegt, folgert der Herr Verfasser, gestützt auf Bismarck: „Die Ausführung des Auftrags: Vernichtung der feindlichen Streitkräfte, muß ganz der Obersten Heeresleitung überlassen werden. Aber auch nur das.“ So einfach liegen denn doch die Dinge nicht, am wenigsten im heutigen Kriege. Es sprechen so viele außerhalb der eigentlichen operativen und taktischen Tätigkeit liegende Fragen mit, daß eine Oberste Heeresleitung mit der Einschränkung, wie sie hier gefordert wird, überhaupt nicht wirken könnte. Es vergeht kaum ein Tag, wo der Heerführer nicht gleichzeitig Beihilfe zu fassen hätte, die mehr oder weniger das politische Gebiet berühren. Um diese zu erläutern, genügt der Hinweis auf das Zusammenarbeiten mit unseren Verbündeten in Galizien und Polen, in Serbien, der Türkei, Rumänien, Italien, auf das Zusammenarbeiten mit der Marine, auf die Verwaltung der weiten, besetzten Gebiete.

Major Endres nimmt sehr richtig die Fähigkeit, sich ein Bild von der Zukunft zu machen, mit Hilfe eines reichen politischen Erfahrungsschatzes für den Staatsmann in Anspruch. Dazu aber nur der Politiker imstande sein soll, „an zeitlich weit zurückliegende Entwicklungen und Zustände geschildriger Art anzuhänken, und eben solche weit in die Zukunft hinein höchstig vorauszusehen“, ist eine ebenso willkürliche Behauptung wie die, es bestehet ein Gegenzug zwischen der „langfristigen Kunst in der Erfassung von Zuständen“ und der „kurzfristigen militärischen Kunst, der Waffentat“. Auch der Politiker kommt häufig in die Lage, einen schnellen Entschluß fassen zu müssen. Andererseits ist Heerführung nicht immer ein kurzfristiges Ding, am wenigsten im Weltkriege. Sie ist ein dauerndes Vorausdenken. Selbst rein taktische Anordnungen bis zur Division hinab erfordern heute umfangreiche Vorarbeiten. Der von Major Endres angenommene Gegenzug gilt daher höchstens für niedere Einheiten.

Sein Rezessent in Nr. 322 der „Frankfurter Zeitung“ vom 27. November vorigen Jahres, 1. Morgenblatt, Rudolf Kircher, geht noch weiter, indem er zwar der militärischen Erziehung und Bildung, die wie unseren Offizieren zuteil werden lassen, für soldatische Zwecke hohe Anerkennung zollt, aber gerade wegen ihrer auf die Taktiertheit Einseitigkeit die Eigenhaft, politisches Verständnis zu erzielen, abspricht. Ist auch die soldatische Erziehung nicht auf solches angelegt, wie weit reicht denn das politische Verständnis bei anderen Berufszweigen. Ich habe jedenfalls bei meiner Radreise aus dem Felde auf einen Heimatposten umgekehrt mit Staunen gesehen, wie ungabiger gering das Verständnis für militärische Dinge, inmitten dieses größten Krieges, selbst bei Deutzen ist, bei denen man solches einigermaßen hätte verans-

sehen müssen. Es ist ganz wahr, was Major Endres sagt, daß die normalen militärischen Ausbildungsmethoden nicht jeden Generalstabsoffizier, nicht jedes Organ der Obersten Heeresleitung, zu politischer Belehrung befähigen. Es handelt sich aber hier auch nur um die höchsten Spitzen, die doch wahrscheinlich nicht durch einen bloßen Zufall in ihre Stellungen gelangt sind, und um einige erprobte Gehilfen. In dieser Hinsicht sagt Treitschke (Politik II, § 23) sehr bezeichnend: „Ein wirklicher Feldherr großen Stils muß immer zugleich ein Staatsmann sein...“ Blücher war ein politisches Genie; man erstaunt immer von neuem darüber. Auf die Orthographie kommt es nicht an, sondern darauf, daß er immer die Dinge sieht, wie sie sind.“ Und will man etwa Scharnhorst, Gneisenau oder Radekly politischen Instinkt abspalten? Wollte hat die Strategie als die Anwendung des gefundenen Menschenverstands auf die Kriegsführung bezeichnet. Auf ihn, wie auf die Mehrzahl aller großen Soldaten trifft zu, was Spindler (Begründung des Deutschen Reiches II) mit Bezug auf Kaiser Wilhelm I. sagt: „Gründliche Arbeit erzieht alle Kräfte des Geistes, und macht sie geschickt, wo es erforderlich wird, auch auf früher unbekannten Gebieten sich bald zurecht zu finden.“

Der Krieg ist nach Treitschke „Politik in höchstem Maße“, und „Politik ist“, um mit dem Fürsten Bülow (Deutsche Politik) zu sprechen, „Leben, und spottet im Grunde wie alles Leben jeder Regel“. Man sollte also auch keine Regeln über Politik und Kriegsführung auf, die sich gesellschaftlich nicht rechtfertigen lassen. Es wird stets hinzukommen, daß zwei Faktoren: Heeresleitung und politische Leitung im Einvernehmen miteinander handeln. Wie dieses herbeigeführt wird und sich äußert, wird jedesmal verschieden sein. Die Forderung: „Kare Verhältnisse! Scharf getrennte Arbeitsgebiete!“, die Major Endres stellt, ist in der Praxis nicht durchführbar.

Der Fernerstehende kann sich freilich schwer einen Begriff davon machen, in wie hohem Grade die andauernde silexe Friedensschluß des Generalkabinetts, die sich auf ein reiches Nachrichtenmaterial stützt, politisches Urteil weckt. Wohl aber offenbar jedem, der sich mit der Frage Politik und Kriegsführung beschäftigt, zahlreiche Denkschriften, die in Moltes Militärischer Korrespondenz enthalten sind, eine seltene Fülle politischen Schatzbalds. Auch auf diesem Gebiete, nicht nur aus taktischem und operativem, sind wir über Graf Schlesien immer noch Moltes Schäler.

Major Endres gibt mittelbar selbst zu, daß eine strenge Scheidung zwischen den Fragen der Politik und der Kriegsführung sich kaum durchführen läßt, denn er erwähnt, daß Bismarck bei Beginn des Krieges 1866 sich Übergriffe in Moltes Tätigkeitsbereich habe zuschulden kommen lassen. Erster waren die Erschwerungen, die Bismarck 1870/71 in Versailles Molte bereitete. Der Bundeskanzler verlor vor Paris die Geduld und ließ sich dahin aus, es sei der größte Fehler gewesen, bis Paris vorzudringen. Er habe sich — was freilich nicht zutraf — stets dafür ausgesprochen, daß der Krieg nicht weitergeführt würde als bis in die Champagne. Wenn ein Staatsmann der so soldatisch empfand, wie Bismarck, dem die Armee so ungeheuer verhunkte, in-

## Berbot des unbefugten Abreißens und Verkaufes der Weidenläden.

Durch Bekanntmachung des Stellvertretenden Generalcommandos des XII. und XIX. Armeeforts vom 10. Oktober 1917 (Sächsische Staatszeitung Nr. 239) sind Weiden, Weidenläden, Weidenstreifen und Weidenrinden, soweit nicht § 4 der Bekanntmachung Ausnahmen zuläßt, beschlagnahmt.

§ 3 der Bekanntmachung verbietet jede Veränderung an den Weiden, die nicht durch die Veräußerungserlaubnis des § 4 gedeckt ist, und bestraft verbanden mit § 6 der Bekanntmachung des Reichslandes vom 26. April 1917 denjenigen, der unbefugt einen beschlagnahmten Gegenstand belebt ist, beschädigt oder zerstört, verwendet, verkaufte oder kauft oder ein anderes Veräußerungs- oder Erwerbsgeschäft über ihr abschließt, sowie denjenigen, der der Verpflichtung, die beschlagno... Gegenstände zu verwahren und pfleglich zu behandeln, zu widerhandelt, mit Gefängnis für ein Jahr oder mit Geldstrafe bis zu 1000 Mark.

Es darauf hingewiesen, daß dadurch nicht nur der unbefugt Weidenläden abreißt, sondern auch die Händler und Geschäftsinhaber, die sie nicht im Rahmen der Erlaubnis des § 4 der Bekanntmachung der beiden Generalcommandos vom 10. Oktober 1917 erworben haben, und der Grundstücksbesitzer, der entgegen der Einschränkung des § 4 Weidenläden an dritte Personen verschenkt oder verkauft, destruiert wird.

Die Weideplötzchen müssen mit Rücksicht auf Bienenzucht und Vollernährung unbedingt geschont werden.

Flöha, am 9. Februar 1918.

Die Königliche Amtshauptmannschaft.

## Verkauf von Quarz

Sonnabend, den 16. d. M., an die Bewohner des 2. Brodtkartenbezirkes Nr. 1 bis 550 bei Scharrachmidt, Schilde, Remming, 429 „Schluß bei Giedler, Leiterich, Herold“ gegen 2. Abschnitt für Februar der Landespostkarte. — Die Ausweiskarte ist vorzulegen.

Stadtrat Frankenberg, den 15. Februar 1918.

## Verkauf von Marmelade u. Margarine

bei sämtlichen Materialwarenhändlern

Montag, den 18. d. M., Marmelade gegen Lebensmittelmarke Nr. 83 je 125 Gramm, Dienstag, den 19. d. M., Margarine gegen Lebensmittelmarke Nr. 84 nebst 4. Abschnitt für Februar der Postkarte. Auf einen Kopf entfallen 50 Gramm.

Stadtrat Frankenberg, den 15. Februar 1918.

## Bekanntmachung.

Von der Handelskammer zu Chemnitz wird hierdurch für das Jahr 1918 zur Erhebung mit dem 11. Einlohnungssteuerterminal ein Steueraufschlag zur Einkommensteuer von 3 Pfennigen für die Mark desjenigen Steuerbetrages ausgeschrieben, welcher auf die in Spalte 4 des Einkommensteuerlasters (für Handel und Gewerbe) eingestellten Beträge entfällt.

Chemnitz, den 12. Februar 1918.

Die Handelskammer.

Gulden, Vorsitzender. Dr. Heubner, Syndicus.

Es liegt auf der Hand, daß Moltes Engengewicht in solchen doch zugleich hochpolitischen Fragen gar nicht zu entheben war. Darin, daß ein Friedensschluß in erster Linie politisch ist, wird man dem Herrn Verfasser durchaus zustimmen. Wenn er aber der Obersten Heeresleitung hierbei lediglich eine beratende Stimme zubilligt, so geht das zu weit. Weniger Zurückhaltung von Seiten Moltes beim Präliminarfrieden wäre 1871 durchaus angebracht gewesen. In seiner Schrift „Bismarcks Friedensschlüsse“ (F. Brudmann, München 1916) sagt Professor Haller: „Bismarck allein ist dafür verantwortlich, daß Belfort aufgegeben wurde. Er zuerst hat sich bestimmen lassen, diese Forderung fallen zu lassen und er hat dann auch Kaiser Wilhelm und Molte dafür gewonnen. Beide haben unerkenntbar widerstrebt.“ Es zeigt sich bei dieser Frage von ungeheurer Bedeutung, wie wichtig ein enges Zusammenwirken der politischen und militärischen Führung bis in die Friedensverhandlungen hinein ist.

Major Endres ist an sich unzweifelhaft im Recht, wenn er meint, auf dem Gebiet der inneren Politik habe die Oberste Heeresleitung nur militärisch zu denken. Da aber heute das ganze Land durch den Krieg in Mitteidenschaft gezogen ist und durch seine Leistungen in aktivem und passivem Sinne die Lage an den Fronten in hohem Maße beeinflußt wird, so ergibt sich auch hier ohne weiteres, daß heute die Oberste Heeresleitung weit mehr als früher ihren Einfluss in zahlreichen inneren Fragen kräftig zur Geltung zu bringen, in der Lage sein muß. Die Rüstungsindustrie, die Versorgungsfrage, das Verkehrsweisen, die weitgehende Ausnutzung der Menschenkraft bedingen eine fortgesetzte Mitwirkung der Obersten Heeresleitung, wenn nicht die schwersten Nachteile für den Ausgang des Krieges erleben sollen.

Nicht im Sinne schärfer Trennung der Aufgaben der Heerführung und der politischen Leitung sehen wir das Heil unseres Vaterlandes, sondern in steter Zusammenarbeit beider, wie wir es jetzt erleben.

## Die letzten Verhandlungstage in Brest-Litowsk

Bei Berlin, 14. 2. Neben den Verlauf der beiden letzten Sitzungen der deutsch-österreichisch-ungarisch-russischen Kommission zur Regelung der politischen und territorialen Fragen, welche mit der besagten Erklärung Trotski schlossen, wird nachträglich noch folgendes bekannt: Die Kommissionsitzung vom 9. Februar leitete Staatssekretär von Rühlmann durch eine zusammenfassende Darlegung über das Ergebnis der bisherigen Verhandlungen ein. Er stellte fest, daß eine erhebliche Annäherung der beiderseitigen Standpunkte auch durch die sehr eingehenden Debatten nicht habe erzielt werden können. Persönlich habe er den Eindruck, als ob durch eine weitere Erörterung auf der bisher von beiden Parteien eingenommenen Grundlage kein günstigerer Erfolg erzielt werden könne. Man könne eine unumstrittene Ausdehnung von Erfolg nicht versprechenden Verhandlungen nicht ins Auge fassen. Die heutige Besprechung des Gesamtproblems

habe den Zweck, einen Weg der Verständigung vielleicht noch ausfindig zu machen. Da die rechtspolitischen Fragen zwischen den Spezialkommissionen bereits eingehend erörtert worden seien, so würden im Falle einer Einigung über die politischen Fragen auf diesem Gebiete ernsthafte Schwierigkeiten kaum mehr zu überwinden sein. Auch auf dem Gebiete der Handelsfragen sei eine befriedigende Lösung nicht ausgeschlossen. Minister des Außenwesens Graf Czernin erklärte, daß auch ein noch so langes Hinauszögern theoretischer Erörterungen wenig Aussicht auf Einigung biete. Er wünsche die Frage offen zu lassen, wie die geplanten territorialen Veränderungen an der russischen Westgrenze aufzufassen seien, und ob die Gestaltung dieser Veränderungen tatsächlich den Friedensschluß hindern würde oder nicht. Herr Trothi entgegnete, daß vom russischen Standpunkte aus die Anwendung, welche die Gegenpartei dem Grundsatz des Selbstbestimmungsrechtes der Völker geben wolle, der Ablehnung dieses Grundsatzes gleichkomme. Die geplante neue Grenzführung müsse von militärischen und strategischen Gesichtspunkten aus beurteilt werden. Durch die Stellungnahme des Vierrundes gegenüber der Ukraine sei eine neue Schwierigkeit entstanden. Der Redner protestierte gegen die Unterzeichnung eines Friedensvertrages zwischen den Verbündeten und den Bevollmächtigten der Rieker Rada. Diese Handlungswiese mache Zweifel daran erwerben, daß die Mittelmächte mit der Regierung des föderativen Russlands zu einer Verständigung gelangen wollen, weshalb er den Vertrag mit der Rieker Rada als für das ukrainische Volk und die Regierung ganz Russland geltungslos erachte.

Staatssekretär von Rühlmann schlug unter Bezugnahme auf die Bemerkung Trothi, daß die als russische Westgrenze in Aussicht genommene Grenzlinie der Besprechung durch Sachverständige bedürfe, vor, die Frage der Grenzziehung einer am Schluss der Sitzung zu bildenden Unterkommission zu überweisen, die in einer auf den folgenden Tag anzuberauende Sitzung der politischen Kommission über das Beisprechungsergebnis berichten sollte. Der Bericht dieses Unterausschusses würde für das weitere Schicksal der Verhandlungen ausschlaggebend sein. Indem Staatssekretär von Rühlmann sodann auf die bei der Grenzziehung maßgebenden allgemeinen Gesichtspunkte einging, wies er die Bedeutung Trothi zurück, als ob den verbündeten Zentralmächten bei Festlegung dieser Grenzlinie irgendwelche Pläne bezüglich Russlands vorgezeichnet hätten. Die dauernde Pflege eines guten und freundsaftlichen Verhältnisses zu dem großen östlichen Nachbarn sei eine dauernde Grundlage der deutschen Politik gewesen, und auch in Zukunft werde die deutsche Politik den neuorganisierten Russland gegenüber immer ein freindliches Verhältnis anstreben unter Vermeidung einer Einigung in innere russische Verhältnisse. Bezüglich der Haltung der Mittelmächte gegenüber der Ukraine bemerkte Herr von Rühlmann, daß sich aus dem Abschluß eines Friedensvertrages mit den Vertretern der ukrainischen Volksrepublik für die Mittelmächte ohne weiteres die nötigen Folgerungen ergeben. Von einer Förderung des staatsrechtlichen Verhältnisses der Ukraine sei eine Förderung der Verhandlungen nicht zu erwarten. Trotz der von den Mittelmächten vertretenen Auffassung, daß das Selbstbestimmungsrecht der Völker in den Randgebieten in diesen Gebieten bereits ausgeübt worden sei, seien die verbündeten Regierungen bereit, durch plannähigen Ausbau der bestehenden Vertretungskörper die Möglichkeit einer Rundgebung auf breiterster volkstümlicher Grundlage zu schaffen. Graf Czernin bemerkte, daß der Bierbund der Ukrainer zur Petersburger Regierung gehe und den Bierbund nichts an. Der Friedensschluß mit der Ukraine sei kein unfehlbarer Akt gegen die russische Regierung. Durch den Friedensvertrag sei die Ukraine kein den Mittelmächten verbündeter, sondern ein neutraler Staat geworden. Dasselbe würde mit Russland der Fall sein, wenn es zwischen diesem und dem Bierbund zu einem Friedensschluß käme. Räume kein Frieden zwischen dem Bierbund und dem Rat der Volkskommissare zustande, so hätte der Bierbund die ukrainischen Gebiete als neutrale, die dem Einfluß des Rates der Volkskommissare dagegen unterstehenden Gebiete bis auf weiteres als feindlich zu betrachten. Auf die Frage Trothi nach der Grenzführung südlich von Brest-Litowst, über die mit der Ukraine verhandelt worden sei, entgegnete Staatssekretär von Rühlmann, daß auch hierbei ein verständiger Mittelpunkt gesucht würde. Herr Trothi erklärte sich hierauf mit dem Zusammenschluß einer militärtaktischen Kommission zur Prüfung der Grenzlinie einverstanden. Staatssekretär von Rühlmann, von dem Wunsche der Beobachter, daß der Bierbund die Verhandlungen geleite, schlug eine neue Fazitierung vor, die unter Umständen den zweiten Artikel des zu vereinbarenden Friedensvertrages bilden könnte. Russland nimmt Kenntnis von folgenden territorialen Veränderungen, welche mit der Ratifikation des gegenwärtigen Friedensvertrages eintreten. Die Gebiete zwischen den Grenzen Deutschlands und Österreich-Ungarns und einer Linie, welche ... verläuft, werden der territorialen Oberhoheit Russlands nicht mehr unterliegen. Aus ihrer ehemaligen Zugehörigkeit zum russischen Kaiserreich erwachsen ihnen leinerlei Verpflichtungen Russland gegenüber. Das fünfzigste Schicksal dieser Gebiete werde in dieser Beziehung im Einvernehmen mit ihren Völkern entschieden werden, und zwar nach Abgabe der Vereinbarungen, welche Deutschland und Österreich-Ungarn mit ihnen treffen werden. Im Zusammenhang damit bemerkte Staatssekretär von Rühlmann, daß der wesentliche Inhalt des Artikels I des ersten Vorschlags für den Bierbund eine conditio sine qua non des Friedensschlusses sei. Die Mittelmächte hätten die Räumung gewisser Gebiete zugesagt unter der Bedingung der gleichzeitigen Räumung der Gebiete ihrer Verbündeten. Als Zeitpunkt, von dem an für die Mittelmächte die Räumungspflicht beginnen würde, war das Ende der russischen Demobilisierung in Aussicht genommen. Hinrichlich dieses Zeitpunktes seien die Mittelmächte zu Konzessionen bereit, doch läme ein Friedensschluß nicht in Frage, in welchem die Justizierung der Räumung der verbündeten Gebiete durch die Truppen der Petersburger Regierung nicht enthalten sei. Bezüglich der Valandsfrage verwies Staatssekretär von Rühlmann darauf, daß der Friedensschluß Deutschlands als Minimum das an Rechten wieder einzutauschen müsse, was Deutschland bei Kriegsausbruch vertragsmäßig besaß. Herr Trothi erwiderte, daß Russland seine Truppen ebenso wie aus Persien aus dem türkischen Gebiete zurückziehen werde. Selbstverständlich würde dies in klarster und bestimmtester Form in einem etwaigen Vertrag mit der Türkei zum Ausdruck kommen. Erläuternd bemerkte Staatssekretär von Rühlmann, daß der Ausdruck Minimum bei der Valandsfrage als solche Forderung anzusehen sei. Darauf wurde die Sitzung geschlossen.

Am 10. Februar hielt die Unterkommission zur Prüfung der Grenzlinie zwei Sitzungen ab, in welchen in erster Linie die militärischen Sachverständigen zu Wort kamen. Während russischerseits versucht wurde, die strategischen Nachteile nahezu zu weisen, denen Russland durch die vorgeschlagene Neu-

führung seiner Westgrenze ausgesetzt wäre, wurde beifallsreicher dieser Aussicht damit entgegengestellt, daß es sich nicht um eine russisch-deutsche Grenze, sondern um eine Grenz Russlands mit den neuen Randstaaten handelt. Eine Einigung konnte nicht erzielt werden. Zu Beginn der Sitzung der Vollkommission am 10. Februar erstaute auf Erforderung von Rühlmanns der Vorsteher der Unterkommission über das Beurteilungsergebnis Bericht.

**Trothi's Erklärung über Beendigung des Kriegszustandes**  
Auf die Frage Rühlmanns an Trothi, ob er noch irgend welche zu einer vollständigen Lösung beitragende Mitteilungen zu machen habe, erklärte Trothi unter Ausfällen gegen den Imperialismus der Welt, Russland wolle an dem Kriege seinen Anteil mehr haben und führe deshalb sein Heer und Volk aus dem Kriege heraus. Russland habe den Krieg auf und den Bierbundstaaten gegenüberstehenden Armeen. Seine Regierung lehne es aber ab, die deutsch-österreichisch-ungarischen Bedingungen zu sanktionieren und verzichte auf die Unterzeichnung eines Friedensvertrages. Hierauf erfolgte die ihm Inhalte nach bereits bekannte Erklärung über die Beendigung des Kriegszustandes und die Demobilisierung sämtlicher Truppen.

#### Rühlmanns Antwort

Staatssekretär von Rühlmann analysierte den gegenwärtigen Zustand dahin, daß der Bierbund mit der russischen Regierung im Kriege steht, daß die kriegerischen Unternehmungen durch den Waffenstillstandsvertrag zwar eingestellt seien, aber bei Wegfall dieses Vertrages von selbst wieder aufleben würden. Die Tatsache, daß die eine der beiden Parteien ihre Armeen demobilisiert, würde hiera weder tatsächlich noch rechtlich etwas ändern. Er fragte Herrn Trothi, ob die russische Regierung mitzuteilen beabsichtige, wo die Grenzen des russischen Reiches liegen, und ob die Regierung der Volkskommissare gewillt sei, die rechtlichen und Handelsbeziehungen genau in dem Umfang wieder aufzunehmen, wie sich das aus einer Beendigung des Kriegszustandes natürlich ergeben werde.

Nachdem Trothi erklärte hatte, dem Gesagten nicht viel hinzuzufügen zu können, schlug Staatssekretär von Rühlmann für den folgenden Tag eine Vollsitzung vor, in welcher die Stellungnahme der Verbündeten zu den Mitteilungen der russischen Delegation bekannt gegeben werden würde. Herr Trothi erwiderte, seine Delegation habe jetzt alle ihre Vollmachten erschöpft und halte es für notwendig, nach Petersburg zurückzukehren. Alle Mitteilungen der verbündeten Regierungen würden im Schoße der Regierung der föderativen russischen Republik beraten und beantwortet werden. Hierauf wurde die Sitzung geschlossen.

#### Die Besprechungen im Großen Hauptquartier

Am Berlin, 14. Febr. Wie die Abendblätter melden, haben die Besprechungen im Großen Hauptquartier zu einer vollen Übereinstimmung der Auffassung zwischen den militärischen Stellen und der politischen Leitung geführt. Ein endgültiger Beschluß liegt noch nicht vor. Das formulierte Ergebnis soll erst in einigen Tagen bekannt gegeben werden.

#### Vom Reichstag

Am Berlin, 15. Febr. Der Reichskanzler wird alsbald nach dem Zusammentritt des Reichstages Veranlassung nehmen, im Plenum sich über die politische Lage zu äußern. Ein bestimmter Tag ist hierfür noch nicht festgesetzt. Aller Wahrscheinlichkeit nach dürfte der Kanzler schon den ersten Tag nach dem Zusammentritt zu seinen Erklärungen den Vertrag mit der Ukraine, die Lage in Russland und den Versailler Kriegstaten benutzen. Daran dürfte sich dann im engen Rahmen eine Aussprache knüpfen, da die Fraktionen gewünscht haben, bald als möglich zu den politischen Fragen Stellung zu nehmen. Der Aussprache wird dann die Einführung des Reichshaushaltspakts für 1918 durch den Reichschauskreisler Graf Roeden folgen.

Bei das „Berl. Tagebl.“ aus parlamentarischen Kreisen ersah, wurde in den letzten Besprechungen der Fraktionsführer der Wehrheitsparteien mit den leitenden Regierungsstellen von diesen der Wunsch ausgedrückt, den Friedensvertrag mit der Ukraine vor allen anderen Fragen vorweg zu nehmen und ihn am 20. Februar gleich in allen 3 Lesungen zu verabschieden. Die allgemeine politische Rede des Reichskanzlers wird erst bei der großen Staatsdebatte erwartet.

#### Der zutagegeogene russische Demobilisierungsbefehl

Am Berlin, 14. Febr. Zur Lage an der russischen Front wird von magazinierter Seite darauf hingewiesen, daß der durch Funksprach erzielte Befehl zur Demobilisierung des russischen Heeres noch am selben Tage, vier Stunden nach seinem Erlass, wieder zurückgezogen worden, eine Demobilisierung in Russland also tatsächlich nicht erfolgt ist.

#### Die Österreicher in Brody

Am Wien, 14. Febr. Gemäß Artikel 2 Absatz b des mit der Ukraine abgeschlossenen Vertrages, welcher den Status quo ante der zwischen Österreich-Ungarn und Russland befindlichen Provinzen wieder herstellt, sind gestern unsere Truppen in Brody eingezogen. Durch diese friedliche Besetzung Brodys ist die letzte größere Stadt in Ostgalizien wieder in österreichisch-ungarische Hände.

#### Die Wirtschaftsbeziehungen mit der Ukraine

Am Berlin, 14. Febr. Im Auswärtigen Amt zu Berlin haben am Donnerstag Verhandlungen zwischen Vertretern Österreich-Ungarns und des deutschen Reiches über die Regelung der durch den Friedensvertrag angeläufigen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Mittelmächten und der Ukraine begonnen.

Die ukrainische Regierung verhinderte die sofortige Demobilisierung der Armee und ordnete die Räumung des ukrainischen Gebietes von russischen Truppen an.

#### Ukraines Unabhängigkeitserklärung

Am Der litauische Nationalrat in der Schweiz zeigte nicht nur dem deutschen, sondern den Vertretern aller Mächte in der Schweiz die Unabhängigkeitserklärung Litauens von Russland an.

Am Berlin, 15. Februar. Der Reichskanzler verließ gestern Abend das Große Hauptquartier und schied nach Berlin juridisch Staatssekretär von Rühlmann für den Bierbund. Einige Tage später als der Reichskanzler in Berlin wieder eintreffen.

Zu dem Bericht über die letzten Sitzungen in Brest-Litowst heißt es im Botschaft: Der Auffassung der Regierung, wie sie hier von Herrn von Rühlmann nach der Trothi'schen Erklärung vorgetragen wurde, hat sich die öffentliche Meinung in Deutschland in ihrer weit überwiegenden Mehrheit angelehnt. Ob sie auch bei den Beratungen im Großen Hauptquartier geteilt, und wenn dies geschieht, welche Folgerungen dort aus ihr gezogen werden, werde der Fortgang der Ereignisse sehr bald erkennen lassen.

#### Ein Manifest des Kaisers Karl

begruft den Friedensschluß mit der Ukraine und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß daraus der allgemeine Friede fortvorgehen werde. Am Ende seiner freuen Verbündeten würde das österreichisch-ungarische Volk aber kämpfen bis zur Errichtung eines ehrenvollen Friedens. In gleichem Sinne

äußerte sich der Außenminister Graf Czernin bei seiner Rückkehr in Wien aus Brest-Litowst.

**Graf Czernin wird Wilson antworten**  
Am Wien, 15. Febr. Graf Czernin, der vorgestern am Bahnhof sowie im Ministerium in einer Weise empfangen wurde, wie wohl noch kein österreichischer Staatsmann, wird auf die Rede Wilsons möglichst rasch antworten. Selbstverständlich wird seine Antwort den Ton festhalten, der mit so gutem Erfolg bisher angeschlagen wurde, und auch als durchaus gerechtfertigt erachtet, da Wilson sich nicht den Verfall der Beschlüsse angezogen hat. Auf keinen Fall wird es gelingen, durch diplomatische Behandlung einen Kompromiß zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn zu bringen.

**Die Unzufriedenheit der Polen**  
mit der Regierung der ukrainischen Frage ist ebenso stark wie unbegründet. Die Polen hatten es in der Hand, sich durch ausgiebige militärische Wirkung an der Seite der Mittelmächte Mitbestimmungsrecht an der Gestaltung ihres Staates zu erwerben. Sie haben das unterlassen und wollen jetzt erneut, wo sie nicht gefügt haben.

**Averescu an die Pariser rumänische Gesandtschaft**  
zu Eine Depesche Averescu an die Pariser rumänische Gesandtschaft enthält noch keine Nachricht über die Belebung Rumäniens durch rumänische Truppen. Averescu beschränkt sich auf die Bekanntgabe, daß ihm der König den Befehl im Ministerium und die zeitweilige Leitung der Auswärtigen Angelegenheiten anvertraut hat.

**ir Petersburg, 12. Febr. „Prawde“ begrüßt die Rolle Armees als wahre Waffe des Triumphes der sozialistischen Weltrevolution und des Unterganges des Kapitalismus.**

**Die Neuorganisation des russischen Heeres**  
Am Berlin, 14. Febr. Der russische Oberkommandierende der West- und Südwestfront, Mjorilow, hat durch Funksprach vom 11. d. M. u. a. folgende Befehle ergehen lassen: 1. Die Demobilisierung der Armee wird schnell vor sich gehen, wobei volle Ruhe und Ordnung gewahrt werden müssen; 2. zur Durchführung der Demobilisation sind bei den Truppenteilen besondere Organe mit Komitees und Räten an der Spitze zu bilden; 3. parallel mit der Demobilisierung muß die Organisation der Roten Armee gehen: mehr Agitation, mehr praktisches Handeln in dieser Richtung; 4. die Komitees, die Räte und die Verwaltungsorgane der Truppenteile müssen bis zur letzten Minute auf ihren Posten bleiben. Kameraden, die Erfüllung dieser Bedingungen wird uns ermöglichen, die Form des Schutzes von Volk, Land und Revolution gegen ihre Feinde überzugehen.

**Höchste Gefahr in Estland und Livland**  
Am Wie aus Rigas berichtet wird, eilt die Lage der von Deutschland ihre Rettung erhoffenden Deutschen und Esten in Livland und Estland der Katastrophe zu, wenn nicht Rettung in letzter Stunde kommt. In Riga sind von den Maximalisten 3000 Deutsche und Esten verhaftet worden. Die Frauen befinden sich getrennt von ihren Kindern im Schloß, die Männer in Kinos; in Dorpat wurden etwa 280 Männer verhaftet. Weitere Verhaftungen sind aus Jelgava gemeldet. Der gesamte deutsche Adel ist für vogelfrei erklärt. Währenddessen agitiert England weiter und bedingt sich die militärische Versorgung über die Häfen des Landes als Gegenleistung aus. Höchste Gefahr zwischen 18 und 50 Jahren in Finnland für die Rote Garde

**Am Zürich, 15. Febr. Die „Neue Zürcher Zeitung“ meldet aus Helsinki: Die Rote Garde hat die Männer zwischen 18 und 50 Jahren in Finnland für die Rote Garde**  
Am Zürich, 15. Febr. Die „Neue Zürcher Zeitung“ meldet aus Helsinki: Die Rote Garde hat die Männer zwischen 18 und 50 Jahren in Finnland für die Rote Garde

## Der Weltkrieg

### Deutscher Abendbericht

Am Berlin, 14. Februar, abends. (Amtlich)  
In der Champagne war die Gewerktätigkeit in den Abschnitten nördlich von Paris und südlich von Lyon viel gestiegen.

Bon den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

### Tagesbericht des Admirals

Am (Amtlich) Berlin, 14. Febr. 1. Außer den gestern veröffentlichten Erfolgen unserer U-Boote im östlichen Mittelmeer sind nach neu eingegangenen Meldungen auch solche im mittleren Teil des Mittelmeeres erzielt worden, durch die im besonderen der Transportverkehr nach Italien gestoppt wurde. 3 Dampfer und 3 Segler stehen hier unseren U-Booten zum Opfer. Die Dampfer, von denen zwei bewaffnet waren, wurden sämtlich aus stark gesicherten Geleitzügen herausgeschossen. Von den versenkten Seglern hatten zwei Papiermasse, einer Holz geladen.

2. Am 31. Januar hat eines unserer U-Boote die Sardinische Küste bei Palermo auf nahe Entfernung erfolgreich beschossen.

### Der Chef des Admirals der Marine.

Reine Geldsumme kann den Schiffswert erreichen. Zu diesem Ergebnis kommt Sir G. Green in der Generalversammlung der Oriental Steam Navigation bezüglich zweier verloren gegangener Schiffe, nämlich der Drama und der Oway, beide über je 12 000 Bruttoregistertonnen groß. Sir G. Green erklärt, daß über den Erhalt dieser Schiffe mit der Regierung verhandelt werde, wobei aber kein Entschädigung an Gold den Verlust dieser beiden Schiffe für die Gesellschaft gut machen könne, da sie besonders konstruiert gewesen seien und ihre Zweitmöglichkeit für den Handel erwiesen hätten. Man habe darauf gerechnet, daß diese Schiffe noch viele Jahre hindurch für die Gesellschaft ein wertvolles Kapital darstellen würden. Während des Krieges sei es natürlich unmöglich, derartige Schiffe zu erhalten, und nach dem Kriege würden, wie er annimmt, die Preise noch lange Zeit sehr hoch bleiben. Diese Bemerkungen eines Geschäftsmannes zeigen wieder einmal deutlich, daß der Unterseebootkrieg nicht nur eine Bedrohung Englands im Kriege, sondern auch eine Belastung der gesamten englischen Wirtschaft nach dem Kriege bedeutet.

**Österreichisch-ungarischer Tagesbericht**  
Am Wien, 14. Februar. Amtlich wird gemeldet:

Keine besonderen Ereignisse.

## Westen

Am der belgischen Flandernfront im November 1917

Am Der bekannte Schweizer Oberst Karl Galli hat unter diesem Titel bei Schultheiss u. Co. in Zürich eine neue Broschüre erscheinen lassen, sein drittes Heft der Berichte aus dem Felde.

Am Sonntag geht die 10. Februar unter der Haube

Grenzreise und der frische lebendige Eindruck, den er dort auf Schritt und Tritt gewonnen hat, geht durch die ganze Schrift. Er gesteht selbst, daß seit seiner Flandernreise die Berichte, die er in den "Basler Nachrichten" über die Kriegslage der Mittelmächte bringt, noch zuverlässlicher lauten als vorher. Das kann uns aus der Feder eines gewissenhaften abwägenden, völlig sachlich und unparteiisch denkenden, neutralen Militärschriftstellers mit Genugtuung und stolzer Zuversicht erfüllen.

Die Schrift bringt seine ersten Eindrücke an der Front, spricht über unsere Verteidigungsart im Großen, erwähnt allerlei interessante Einzelheiten von der Flandernfront, von der Rüste, über Angriff und Verteidigung im Sumpf- und Trichterland; in warmen, verhündtsvollen Worten greift sie einiges über den deutschen Soldaten heraus und streift zum Schlus noch kurz das Gefüllte hinter der Front, im Etappengebiet. Die lehrreiche und fesselnde Schrift kann Heimat und Front warm empfohlen werden.

#### Clemenceau an der Front

w Die "Basler Nachrichten" melden: "Havas" berichtet aus Paris, daß Clemenceau in den letzten Tagen wichtige Punkte der Front besichtigt, sowie den Stand der Arbeiten im Hinblick auf eine deutsche Offensive; er ist vorlebte Nacht zurückgekehrt und wird sogleich den Ministerrat über die Ergebnisse seiner Reise unterrichten.

#### 70000 Amerikaner an der Front

w Die "Zürcher Zeitung" berichtet, daß die Zahl der amerikanischen Truppen, die im Osten Frankreichs eintrafen und dort die französischen Soldaten in einem Frontabschnitt ablösen, auf 70000 Mann besetzt werden.

#### General Hoch Nachfolger Petains?

w Wie die "Zürcher Zeitung" berichtet, geht aus Andeutungen hervor, daß General Hoch immer mehr in den Vordergrund tritt, so daß man in Balde in ihm den Nachfolger des Generals Petain erblicken kann.

#### Die Aufgabe des Mandatoverarmes

w Genf, 15. Februar. Was Lloyd George in seiner Rede als militärische Einigkeit von großem Werte bezeichnete, bezieht sich nach Pariser Aussage auf die Mandatoverarmie. Die Chefs dieser Armee und ihre Generalstabs sind ernannt. Die Militärischen deuten wiederholten, daß Hoch als Urheber dieser strategischen Reserve zu betrachten sei. Die Armee hat sowohl an den italienischen, wie auch an den österreichischen Fronten zu intervenieren, falls eine Offensive großen Stiles oder dringende Abwehr es erforderlich machen.

#### Das Geheimnis von Versailles

w Die Versailler Konferenz, deren "glänzendes" Ergebnis so pompos verklärt wurde, soll mit heutigen Wohlängen geschlossen haben. Die "Times" fordert, daß die Offensivlichkeit die volle Wahrheit ersah und daß das Parlament rücksichtlos über die betreffenden Punkte öffentlich verhandle. Die militärischen Geheimnisse würden dadurch nicht verletzt werden. Asquith arbeite eine ganze Liste von Fragen an Lloyd George aus, um über die möglichen Schlüsse der Versailler Konferenz Auskunft zu erhalten. Die Konferenz soll eine offene Gegenseitigkeit in mehreren Punkten gezeigt haben.

#### Lloyd George stellt die Vertrauensfrage

w "Daily News" meidet: Lloyd George habe in vertraulichen Verhandlungen mit den liberalen Führern des Parlaments die Absicht geäußert, bei der kommenden Beratung über den neuen Kriegscredit die Vertrauensfrage zu stellen.

w Amsterdam, 15. Febr. Wie aus London gemeldet wird, haben die energischen Maßnahmen zur Fortsetzung des Krieges, wie sie in der englischen Thronrede und in der Rede Lloyd George erwähnt werden, in England eine starke Gegnerschaft hervorgerufen.

w Amsterdam, 15. Febr. Reuter meldet aus London: Lloyd George hat sich eine leichte Erfaltung zugesogen. Es ist ihm jedoch möglich, keine Arbeit zu verrichten.

w Paris, 14. Febr. Volo ist einstimmig zum Tode verurteilt worden. Prokurator wurde zu drei Jahren Gefängnis, Coquelle in contumaciam zum Tode verurteilt.

#### Italien

Verstärkungen der englischen Linien in Italien  
i Wie aus London gemeldet wird, sind die englischen Linien östlich vom Montello-Hügel ansehnlich verstärkt worden und dehnen sich dort bis auf einige Meilen östlich der Stadt Neapel aus.

#### Aus Heimat und Vaterland

Franenberg, den 15. Februar 1918.  
† Beförderung. Herr Bizefelder Arno Klein, Sohn des Lagerführers Herrn Hugo Klein, welcher als Landsturmmanne ebenfalls im Felde steht, wohnhaft Chemnitzerstr. 9, ist zum Leutnant d. R. befördert worden.

† Das Theater der Feldgrauen steht von seinem heiligen Dezember-Gästspiel her hier noch in angenehmster Erinnerung! Seit ihrem Hierlein haben die feldgrauen Künstler nunmehr über 70 Gastspiele hinter sich, die fast alle ausverkauft waren und gegenwärtig liegen dem Stellv. Generalkommando noch so viel Gastspielanträge vor, daß eine baldige Wiederholung der jetzt angekündigten Vorstellungen ganz unmöglich ist. Bis hinauf an die böhmische Grenze, bis hinunter nach Riesa und weit hinter in die Lausitz erstreckten sich die feldgrauen Künstlerfahrten und vielen Tausenden wurden damit heitere Abende, Stunden der Ablenkung und Entspannung bereitet. In nächster Woche, am Mittwoch und Donnerstag, kommt das Theater der Feldgrauen wieder nach Franenberg, und man darf gewiß annehmen, daß ihm ein freundlicher Empfang zuteil wird.

† Warnung. Da trotz der fürzlich gebrauchten eindringlichen Warnung von Abreisen von Weibeslächtern, die für die Bienenhaltung unerlässlich sind, und Beschädigungen der Weiden dieses immer noch vorkommt, weisen wir nochmals besonders darauf hin, daß die Weiber mit Stof und Rinde zur Sicherung des Kriegsbedarfs beschlagnahmt sind und auf die obenbezeichneten Frevelaten gegebenenfalls auf Gefangenstrafe erlangt werden kann.

† Als Rückkehr der Verschleppten aus der Moldau (Rumänien). Über die zurückgekehrten deutschen und österreichisch-ungarischen Flügelangehörigen aus der Moldau (Rumänien) sind die ersten fünf Lizenzen erschienen; sie können bei der Deutschen Auswanderer in Dresden, Ranzelgäßchen 1, III, eingeladen werden.

† Bauwesen. Da wohl ohne weiteres anzunehmen ist, daß nach Friedensschluß eine rege Bautätigkeit eintreten wird, wird darauf hingewiesen, daß die Genehmigungen zur Ausführung von Bauten schon jetzt mit der Bedingung erfüllt werden können, daß der Bau erst nach Auflösung des allgemeinen Bauverbots in Angriff genommen werden darf. Um nach Friedensschluß Veränderungen zu vermeiden, wird empfohlen, Baugenehmigungen durch die Baupolizeibehörde schon jetzt beizuziehen.

† Einführung der Sommerzeit 1918. Die Erfahrungen, die man mit der Sommerzeit 1916 und 1917 gemacht hat, haben Veranlassung gegeben, die Sommerzeit, das ist die Vorrückung der Uhr um eine Stunde, auch für 1918 anzunehmen und, wie schon berichtet, erheblich zu erweitern. Während die Sommerzeit 1916 für die Zeit vom 1. Mai bis 30. September, für 1917 vom 15. April bis 16. September festgesetzt war, wird sie heuer bereits am 1. April (Dienstag) beginnen und erst am Sonntag, den 14. Oktober, enden. Nach normaler Zeit geht die Sonne am 1. April um 5.55 Uhr auf und um 6.40 Uhr unter. Aufgabe Vorrückung der Uhr um eine Stunde erfolgt der Aufgang der Sonne um 6.55 Uhr, der Untergang um

7.40 Uhr. Die Sonnenaufgangszeit entspricht demnach den am 2. März herrschenden Verhältnissen, die Untergangsstunde ist der Normalzeit um 40 Tage voraus, denn normal geht die Sonne erst am 9. Mai um 7.40 Uhr unter.

— Dresden. Nach einer Operation starb der Königl. sächs. Oberst Rudolf Henck, Chef des Generalstabs der Militärverwaltung in Rumänien.

— Dresden. Soeben ist der Bericht der Finanzdeputation A der Zweiten Kammer über Kap. 76 des ordentlichen Staatshaushaltplanes, Fortbildung zu Tharandt, eröffneten. Es wird beantragt, die Staatsregierung unter den gegenwärtigen dazu besonders günstigen Verhältnissen spätestens bis zum nächsten Vandalen um das Ergebnis der Errichtung zu erfragen, ob im Interesse der Fortentwicklung der jüdischen Hochschule der Fortbestand der Hochschule zu Tharandt ihre Aufhebung oder ihre Umwandlung an eine jüdische Hochschule zweckmäßig ist und wie im Falle des Fortfalls der Hochschule in Tharandt die dortigen Institute zu einer großzügigen fortlichen Verlagerung aus Sachsen ausgebaut werden können.

— Chemnitz. In der am 3. Februar 1918 in Themen abgehaltenen Versammlung der sächsischen Turnvertreter sprach der Kreisturnwart Seminaroberlehrer Wöhmann (Dresden) über die turnerischen Veranstaltungen des Jahres 1918. Für die Jugendturner empfahl er Teile und Kleinarbeit zu leisten nach den hierzu erlaubten Richtlinien. Ferner empfahl er Veranstaltung eines Kreiswettrens im Juli, zu welchem ein Fünfkampf, 100 Meter-Lauf, Handgranatenwurf, Weitsprung, Hochsprung und Angelstoß auszurechnen ist. Die zur Tagesordnung stehende Wahl des Kreisturnwartes und seines Stellvertreters fiel einstimmig auf den bisherigen ersten Kreisturnwart Seminaroberlehrer Wöhmann (Dresden) und für den auf dem Felde der Ehre gesallenen Stellvertreter, auf Seminaroberlehrer Müller (Döbeln). Für den nächsten ordentlichen Kreisturntag soll die Abänderung der Kreisregulierungen zulässig sein. Mit lebhaften Bedauern nahmen die Abgeordneten Kenntnis von den Ausführungen des Turndirektors Groß (Leipzig), daß das Einvernehmen der Deutschen Turnerhalle mit dem Reichsausschuß für Leibesübungen gefährdet erscheint.

— Döbeln. Im "Döbelner Anzeiger" folgende Anzeige zu lesen: „Meiner werten Rundschau von Stadt und Land zur Kenntnis, daß die Rette nicht in meinem Brot, sondern im Brot der Baderei von Schäpel, Steyermühle, Schlegel, gefunden worden ist. Gustav Rudolph, Bademeister, Döbeln.“ — Wie wir erfahren, sind tatsächlich in zwei Broten der Mühlgruppe Teile einer Rette gefunden worden. Der Beijer rechtfertigt sich damit, daß wahrscheinlich die Teigteilmaschine nicht genügend beachtigt gewesen ist. Schlimm genug!

— Rothenbach. Wie die "Auerbacher Zeitung" meldet, gelangte der 12jährige Sohn des auf Uetland in der Heimat weilenden Landwirtmannes Biedermann während der Abwesenheit des Vaters zu dessen Schußwaffe und die Kugel drang dem 35jährigen Bräutling Fleisch, das bei der Biedermannschen Familie zu Besuch war, in das Herz und verletzte es tödlich. Die Bedauernswerte ist die Tochter des Wirtschaftsbes. Schwabe in Georgengrätz.

— Sehennersdorf. Kommerzienrat Hugo Ibez in Dresden wendet dem neu zu errichtenden Sauglingsheim eine Spende von 10000 M. der Kriegsgruppe der Gemeinde eine solche von 2000 M. zu. Außerdem legt er dem Institut eine laufende jährliche Beihilfe von 100 M. zu.

— Jittau. Die Strafammer des Landgerichts Bauken verhandelt heute gegen den 17jährigen Eichendorff Richard Oskar Schwarz aus Beiersdorf, der am Morgen des 19. Febr. seinen älteren Bruder, den Eichendorff und Kriegsvaliden J. Alwin Schenatz, in der elterlichen Wohnung zu Beiersdorf durch Beihilfe getötet hatte. Die Strafammer nahm Word als vorliegend an und verurteilte Schwarz zu 10 Jahren Gefängnis unter Anrechnung der Untersuchungsgefängnis.

#### Die Nationalliberalen und die Wahlreform in Sachsen

Aus der nationallib. Landtagsfraktion schreibt man uns: Für die Beratungen über das Landtagswahlrecht haben die Nationalliberalen folgenden Vermittlungsvorschlag gemacht: An Stelle des Pluralwahlrechts tritt das allgemeine Wahlrecht in Verbindung mit der Verhältniswahl und mit höchstens zwei Zusatzstimmen, für die im erster Linie das Alter, nicht aber Einkommen, Grundbesitz und ein papierenes Bildzeugnis maßgebend sein soll.

Für diejenigen Befürworter, die prätische und ideelle Gründe. Das jegliche Wahlrecht hat günstig gewirkt; denn die jährliche Zweite Kammer zeigt sich ja zusammen, daß die größeren politischen Parteien je zu einem Drittel vertreten sind. Durch den Krieg haben sich aber die Verhältnisse deutlich geändert, daß dasjelbe Wahlrecht völlig anders wirken müßte. Die Bestimmung in dem Gesetz über die Verlängerung der Mandatsohne, wonach für die nächsten Wahlen für jeden Wähler das höchste Einkommen, das er versteuert hat, gelten soll, auch wenn zur Zeit der Wahl sich das Einkommen vereinigt hat, beweist, daß aus den Kreisen, die bei der letzten Wahl 1 oder 2 Stimmen hatten, viele das nächste Mal mit 3 oder 4 Stimmen antreten würden. Und das würden gerade diejenigen sein, die nicht am Kriege teilgenommen haben, sondern ihren Arbeit nachgehen konnten. Demgegenüber würden aus diesen Kreisen diejenigen, die ihr Leben in die Schanze geschlagen haben, auf 1 oder 2 Stimmen stehen bleiben. Das ergäbe einen ganz unhalbaren Zustand. Sieht man dazu die allgemeine Entwertung des Geldes in Betracht, so ergibt sich, daß das bestehende Wahlrecht seinen ursprünglichen Zweck, einen Damm gegen die Überflutung durch die Sozialdemokratie zu bilden, nicht erfüllen könnte. Im Gegenteil würde der wirtschaftliche Aufstieg die Zahl der sozialdemokratischen Wähler mit 3 und 4 Stimmen erheblich vermehren, und die Verwitterung, die in den Zurückbleibenden über das ihnen angeborene Unrecht entstehen mag, würde in gleicher Richtung wirken.

Die Benachteiligten würden in Zukunft vor allem die sein, denen es der Krieg unmöglich gemacht hat, ihr Einkommen zu erhöhen; das sind ein Teil der Arbeiter, vor allem aber die unteren und mittleren Beamten und Privatangestellten und ein Teil des erwerbenden Mittelstandes. Diese Kreise wären beim Weiterbestände des heutigen Wahlrechts enttäuscht. Die Sozialdemokratie trägt man mit diesem Wahlrecht nicht mehr. Dabei muß erwogen werden, ob es angebracht ist, ein ungleiches Wahlrecht weiterbestehen zu lassen. Der Krieg hat an alle gleiche Forderungen gestellt; hat von allen Säinden gleiche Opfer gefordert; demgegenüber muß auch ein entsprechender Ausgleich in der Ausübung von politischen Rechten gefunden werden.

Die Gleichheit darf andererseits nicht mechanisch sein. Es ist deswegen zunächst berechtigt, daß man dem Alter ein Übergewicht einträgt; das soll durch die Gewährung von ein oder zwei Zusatzstimmen für das reifere Lebensalter geschehen. Besonders wichtig aber erscheint in dieser Beziehung die Einführung der Verhältniswahl. Sollte auch in Zukunft die absolute Mehrheit entscheiden, so besteht die Gefahr, daß ganze Schichten des Bürgertums von gewaltiger wirtschaftlicher Bedeutung einmal völlig ausgeschaltet werden könnten. Dieser Zustand hat sich bereits bei dem Reichstagswahlrecht ergeben: Die schwierige wirtschaftliche Lage, in der sich Sachsen gegenüber dem Reiche zeitweilig befunden hat und befindet, verzerrt nicht zum geringsten darin, daß Industrie und Gewerbe Sachsen im Reichstage so gut wie nicht ver-

treten ist. Dies wäre bei dem Verhältniswahlrecht ausgeschlossen; eine zahlenmäßige Minderheit, die trotzdem für die Staatswirtschaft die größte Bedeutung haben kann, kann sich, da die verhältnismäßige Anzahl von Abgeordneten immer auf sie entfallen muß, neben der Massen behaupten. Ohne ein Verhältniswahlrecht kann an einer Änderung des bestehenden Wahlrechts nicht gedacht werden. Seine Ausgestaltung im einzelnen muß noch unserer Erörterung vorbehalten bleiben; auf jeden Fall wird sich ermöglichen lassen, der wirtschaftlichen und politischen Bedeutung der einzelnen Bevölkerungsschichten — soweit dies überhaupt bei einem Wahlrecht ausführbar ist — gerecht zu werden.

#### Orlando's Kriegsrede

o Rom, 12. Febr. Nach einer "Stefani"-Meldung hat Ministerpräsident Orlando heute in der Kammer eine Rede gehalten, in der er erklärte:

Die Reden des Reichspräsidenten und des Grafen Czernin, die bei der letzten Entente zusammenkunfts eingehend besprochen worden seien, hätten trotz ihrer sonstigen Verschiedenheit die Fortsetzung der Alliierten übereinstimmend zuständig gewiesen, sie "forderten alles und gewünschten nichts"; daher habe man es für überflüssig, ja schädlich angesehen, sich bei solchen gegenstandslosen Erwägungen aufzuhalten. Man müsse den Krieg mit aller Kraft forschern, und Italien müsse seine Kriegsziele nach den Erfahrungen dieses Krieges noch bestimmt als vorher erachtet erhalten, nämlich die Vergleichung aller Italiener und die Erlangung gezielter Land- und Seesiegen. Italien stehe vor der Frage „zu“ oder „nicht zu“. Solange Italiens Ziel nicht erreicht sei, müsse der Krieg weitergehen; der Feind sei also an seiner Verlängerung ebenso wie an seinem Ausbruch schuldig. Hierdurch und gewiß Italiens, habe der Obersteigerrat der Alliierten seine Entschlüsse gesetzt.

Die Lage in Nordosteuropa ermagt nach Meinung der Entente bis zur Anerkennung ihres neuen bildenden Staates jeder rechtlichen Grundlage.

Schon der Kriegsrat in Versailles habe festgestellt, daß die Westfront infolge der Ereignisse im Osten auf sich allein angewiesen sei und die ganze Last des Krieges zu tragen haben werde; trotzdem könne man mit Vertrauen in die Zukunft sehen. Redner warf einen hoffnungsvollen Blick auf Amerikas Hilfe und einen vorwurfsvollen auf die militärischen Fehler der Entente in der Vergangenheit, besonders infolge Mangels an Zusammenwirken, das jetzt aber gesichert sei.

Die außerordentlich schwierigen Lebensmittelfragen werden von den Alliierten in herzlichem Einvernehmen geregelt; Italien sitzt am Schlimmsten darunter, sei aber von den Alliierten unterstützt worden und hoffe auf eine befriedigende Lösung der Schwierigkeit.

#### Vermischtes

\* Sprachweiseit der Litauer. Mit lahmem Gaul reitet du nicht weit. — Mit Artigkeit allein kriegt man keinen Topf zu Rande. — Bei Tisch darf man nicht blöde sein. — Es sind nicht alle Jäger, die trumme Löcher tragen. — Ein Huhn verträgt sich schon durchs Gedern. — Was das Kalb nicht lernt, lernt der Ochse schon gar nicht. — Das Unkraut lädt den Hals an. — Er macht aus einer Nähnadel eine Wagendichel.

\* Die Schäfe des Einiedlers. Aus Naumburg wird uns berichtet: Nähe bei Herzogswalde lebt in einem kleinen Häuschen der Arbeiter Pietzsch das Leben eines Einiedlers. Niemand weiß recht, wie er zu dem Hause gekommen war, denn sein Vermögen glaubte man bei ihm nicht finden zu können. Das Häuschen verfiel immer mehr. Die Dachziegel waren verschwunden, und schon jaulte der Wind in den morschen Wänden, die allmählich nachgaben und stellenweise bereits ins Innere der seltsamen Herberge des alten Mannes schauen ließen. Dieser aber fühlte sich wohl hier. Er hockte in der Ecke und summerte sich nicht im entfernen um das Rad der Zeit, das an seinem Unterschlupf nagte und schien durchaus nicht zu befürchten, daß einmal das Bauwerk zusammenfallen könnte. Das aber erlannete die Behörde, die den Einiedler zwangsweise entfernen lassen mußte, wenn sie Unheil verhüten wollte. Es dauerte denn auch nicht mehr lange, als ein leichter Sturm das mürbe und morsche Bretterwerk zusammenwarf. Und nun kam Pietzsch und wühlte im Schutt. Er suchte verzweifelt nach seinen Schäfen, die er nicht finden konnte. Erst Stunden entdeckte den Ort, wo dieser Mann in einem Topf Gold und Silbergeld verborgen hatte.

\* Eine wahre Hamstergeschichte. Bei einem Bauer in einem Dorfe des Altenburger Landes erscheint ein sogenannter Hamster und bietet für einen Schein 300 Mark. Der Bauer hatte aber zwei Schenzen auf Lager und lädt sich dafür 600 Mark bezahlen. Erstens zahlt er dem Städter auf einen Tausendmarksschein 400 Mark zurück. Eine Stunde später erkennt er, daß der Schein falsch ist. Der Hamster hatte außer den Schenzen noch 400 Mark bares Geld.

Ein Glückwunschtelegramm Carranzas an den deutschen Kaiser o Haag, 16. Februar. Holländische Blätter melden aus Neuport: Dem "Neuport Herald" zufolge überlandete der mexikanische Präsident Carranza dem deutschen Kaiser zu seinem Geburtstag ein Telegramm, in dem er dem Kaiser und der Kaiserlichen Familie gratulierte und der bestreuten deutschen Nation Glück wünschte.

#### Heeresbericht

vom Freitag  
wib (Amtlich) Großes Hauptquartier, 15. Febr. 1918.

##### Wehrliche Kriegsschauplätze

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht  
In einzelnen Abschnitten Artillerie- und Minenaktivität. Abteilungen eines Matrosenregiments brachten von einem Erkundungsvorstoß gegen die belgischen Linien südwestlich von Mannesdorf 2 Offiziere und 20 Mann gefangen zurück.

##### Heeresgruppe Deutscher Kronprinz

Nordwestlich und östlich von Reims erhöhte Erkundungstätigkeit des Feindes. In der Gegend von Prunay und südöstlich von Tahure entwideten sich lebhafte Artillerie- und Flugzeugkämpfe. Heeresgruppe Herzog Albrecht

Die Geschäftstätigkeit lebte im Oberelsass zeitweilig auf.

